

## Niederschrift

### zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2003/2008)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 15.09.2005	18:00 - 19:30 Uhr	im Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

#### Anwesenheit

##### **PDS-Fraktion**

Fiedler, Monika  
Gollmer, Martin  
Meinl, Maria  
Nachtigall, Lothar  
Paschek, Helga  
Reibsch, Heike  
Sachse, Gerold  
Wobring, Karsten

##### **CDU-Fraktion**

Hilke, Rolf  
Koch, Uwe  
Lachmann, Hans-Joachim  
Lehmann, Karin  
Petenati, Wolfgang  
Pohl, Heiko  
Römer, Marion  
Teichmann, Jürgen

##### **SPD-Fraktion**

Hemmerling, Rita  
Knopf, Werner  
Luban, Jürgen  
Schulze, Roland  
Wagner, Elke

##### **FDP-Fraktion**

Hoffrichter, Lothar  
Ksink, Reinhard  
Rudolph, Waltraud

##### **Bündnis 90/Die Grünen**

Czerwinske, Inge  
Zänker, Jens-Olaf

##### **Verwaltung**

Arnold, Andrea

Fellner, Anne  
Hoffmann, Ulrich  
Poltz, Andreas  
Reim, Manfred  
Roch, Jürgen  
Schickert, Andrea

#### **Abwesend**

#### **PDS-Fraktion**

Grasnick, Jürgen

#### **CDU-Fraktion**

Lohaus, Ursula

#### **SPD-Fraktion**

Alter, Elisabeth

Bluschke, Helga

#### **FDP-Fraktion**

König, Lutz

#### **Verwaltung**

Daske, Bernd

Hengst, Ulrich

#### **TOP 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass die Ladungen fristgemäß erfolgt sind und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Von den 31 Abgeordneten sind 26 Abgeordnete und der Bürgermeister anwesend.

#### **TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung**

Gegen die Niederschrift der 15. Sitzung vom 11.8.2005 bestehen keine Einwände. Sie wird **einstimmig bei 4 Enthaltungen** bestätigt.

#### **TOP 3 Anträge zur Tagesordnung**

Die Verwaltung beantragt, den Tagesordnungspunkt 7.7. als Tagesordnungspunkt 7.4. zu behandeln. Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

#### **TOP 4 Feststellung der Tagesordnung**

Die geänderte Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenversammlung wird **einstimmig** ange-

nommen.

## **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Informationen des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung liegen nicht vor.

## **TOP 6 Informationen des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister informiert zu folgenden Schwerpunkten:

- Tierparkfest am 11.9.2005
- Tag des offenen Denkmals am 11.9.2005 mit dem Thema Krieg und Frieden
- Festliche Anlässe im Ortsteil Trebus und in Molkenberg
- Konversionsommer am 28.8.2005 in der Rudolf-Breitscheid-Straße
- Konzert der Schöneberger Sängerknaben im Fürstenwalder Hof
- Bundestagswahl am 18.9.2005
- Appell an die Bürgerinnen und Bürger am Sonntag ihr Wahlrecht wahrzunehmen.
- Mit Schreiben vom 15.9.2005 des Landkreises Oder-Spree ist die Genehmigung für die Haushaltssatzung 2005 und das Haushaltssicherungskonzeptes 2004-2008 eingegangen. Die Stadtverwaltung hatte gegen die Nichtgenehmigung der Haushaltssatzung 2005 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2004 – 2008 Widerspruch mit Schreiben vom 18.7.2005 eingelegt, beim Landkreis Oder-Spree am 21.7.2005 eingegangen. Dem Widerspruch der Stadt Fürstenwalde wurde entsprochen und das Haushaltssicherungskonzept 2004 – 2008 genehmigt.

## **TOP 7 Drucksachen öffentliche Sitzung**

### **TOP 7.1 Antrag der PDS-Fraktion zur DS 4/207 der 14. Sitzung**

Der Abgeordnete Sachse begründet noch einmal den Antrag der PDS Fraktion zur Kita-Satzung. Die Betreuung in Kindereinrichtungen soll insbesondere die Berufstätigkeit der Eltern erlauben. Eine Berufstätigkeit unter 6 Stunden täglich ist aber nach wie vor der Ausnahmefall. Die in den Fürstenwalder Einrichtungen befindlichen Kinder –etwa 2/3- werden länger als 6 Stunden betreut. Der Antrag der PDS-Fraktion geht dahin, Zuschläge für die Betreuung, die über 6 Stunden hinausgehen, zu reduzieren, gegenüber der jetzt gültigen Satzung. Die Reduzierung soll jeweils um 10% erfolgen. Bei einer Betreuung bis zu 8 Stunden nicht 120 %, sondern 110 % der Grundbetreuung betragen. Bis 10 Stunden wäre das eine Grundgebühr von 115 % und über 10 Stunden 120 % der Grundgebühr.

Ein weiterer Punkt des Antrages bezieht sich darauf, dass die von der Verwaltung vorgelegte Gebührentabelle durch die Einführung von 1000 - EUR - Schritten zwar eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet, jedoch wird dadurch nicht verhindert, dass Eltern mit höherem Einkommen gegenüber Eltern mit niedrigerem Einkommen bevorzugt werden. Abhilfe soll dadurch erreicht werden, dass die Gebühren ausschließlich in Prozent vom Einkommen ermittelt werden

sollen. Das sind im Bereich zwischen 20.000,00 und 21.000,00 € dann statt 4,1 bzw. 4,3 % für alle 4,2% für den jeweiligen Einkommensbetrag. Das ist in einer Tabelle im Antrag der PDS-Fraktion enthalten. Der Antrag der PDS-Fraktion wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die PDS-Fraktion beantragt, den Vorschlag des Antrages vom 8. Juni 2005 in die Ausschüsse zu verweisen.

Abgeordnete Wagner bemerkt dazu, dass sie sehr verwundert ist, dass der Antrag der 14. Sitzung in einer ungeänderten Fassung vorliegt und darüber abgestimmt werden soll. Abgeordnete Wagner unterbreitet den Vorschlag, den Antrag der PDS-Fraktion dahin gehend zu ändern, dass eine gezielte Diskussion zur Kita-Satzung für das Jahr 2006/2007 in die Ausschüsse geführt und dass dann gemeinsam eine Regelung gefunden wird.

Zur Situation der Kita-Satzung führt der Fachbereichsleiter Bildung und Soziales, Herr Politz, noch einmal ein paar grundlegende Dinge aus. Bei der Berechnung kann von Prozenten ausgegangen werden, aber man kann auch von den absoluten Gebührenhöhen ausgehen. Die Verwaltung ist dabei von den absoluten Zahlen ausgegangen. Die Gebührentabelle trägt der allgemeinen Kostenentwicklung, den tariflichen Veränderungen und den Energiepreisen Rechnung. Eine sozial verträgliche Staffelung der Gebühren kann nur durch eine Gebührenerhöhung erreicht werden. Die Höchstbeträge werden durch die Betriebskostenabrechnungen gekappt. Änderungen während des Schuljahres vorzunehmen hält Herr Politz nicht für gut, es wäre angebracht, eine Diskussion im neuen Schuljahr zu führen. In der Höhe der Gebühren möchte die Verwaltung keine Veränderungen vornehmen. Redaktionelle Änderungen hält die Stadt für möglich.

**Der Antrag der PDS-Fraktion, den Vorschlag des Antrages vom 8. Juni 2005 in die Ausschüsse zu verweisen wird angenommen. Der Antrag wird zum gegebenen Zeitpunkt behandelt.**

**Zustimmung Ja 17 Nein 10**

#### **TOP 7.2 Bestätigung einer sachkundigen Bürgerin für den Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellung**

Frau Katrin Kaiser, stellt sich kurz den Abgeordneten vor. Sie ist 36 Jahre alt und in der Kinder- und Jugendarbeit tätig. Frau Kaiser leitet das Schülerbüro im CTA Kulturverein. Sie ist ehrenamtliche Spielplatzbetreuerin in der Kita „Kunterbunt“ und betreut auch die Spielplätze in ihrem Wohngebiet. Frau Kaiser ist auch Mitglied in der SPIKO und Mitglied der SPD.

Zur Bestätigung der sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellung verlässt Frau Kaiser den Saal.

#### **Beschluss:**

Frau Katrin Kaiser wird in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 15.9.2005 als sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellung bestätigt.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Abgeordneter Teichmann, beglückwünscht Frau Kaiser und wünscht ihr viel Erfolg bei der Arbeit im Ausschuss. In diesem Zusammenhang weist der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung noch einmal darauf hin, dass Dinge, die im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beraten werden, nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind.

**Zustimmung Ja 27**

**TOP 7.3    Bebauungsplan Nr. 16 "Neue Gartenstraße"  
hier: 4. vereinfachte Änderung der Satzung gemäß § 13 BauGB  
Satzungsänderungsbeschluss**

**4/268**

**Beschluss:**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung berührter Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange Stellungnahmen eingegangen sind. Über den Sachverhalt dieser Stellungnahmen, aufgeführt in der Anlage 1, wird durch Abwägung entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung keine Stellungnahmen der Öffentlichkeit zur Planänderung abgegeben wurden.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 4. vereinfachte Änderung zum Bebauungsplan Nr. 16 „Neue Gartenstraße“ gemäß § 13 BauGB als Satzung.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die 4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplans Nr. 16 „Neue Gartenstraße“ ortsüblich bekannt zu machen.

**Zustimmung Ja 27**

**TOP 7.4    Änderung zum Wirtschaftsplan 2005 - Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb    4/199 A**

Der Bürgermeister, in seiner Funktion als Werkleiter, der Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen – Kommunalen Eigenbetrieb gibt eine kurze Erläuterung zur Drucksache.

Abgeordnete Paschek hat eine Anfrage zu den vorliegenden Wartungszyklen der BHKW-Anlage „Schwapp“ und zu den Personalkosten, die sich auf Grund vorliegender Gerichtsurteile und der Nichtberücksichtigung der Personalkosten des Eigenbetriebes um 52.700 Euro erhöhen. In ihren Ausführungen bemängelt Abgeordnete Paschek auch, dass den Abgeordneten bis zum heutigen Zeitpunkt noch kein Quartalsbericht der GMF vorliegt.

Der Werkleiter, Herr Reim, bemerkt zu den Anfragen der Abgeordneten Paschek, dass er es veranlassen wird, dass ein gezielter Wartungsplan mit technischen Details für die BHKW-Anlage des „Schwapp“ vorgelegt wird. Zu den entstandenen Gerichtskosten können im Moment keine Aussagen getroffen werden, die erfolgt in schriftlicher Form. Die Personalkosten für die 1 Person, die im Wirtschaftsplan genannt wird, wurden aus dem Wirtschaftsplan des „Schwapp“ herausgenommen und vergessen beim Eigenbetrieb mit einzustellen.

Zur Sitzung des Hauptausschusses am 19.10.2005 wird zum Thema „Schwapp“ der Projektmanager, Herr Blöcker, eingeladen. Zur Vorlage des Quartalsberichtes der GMF erfolgt durch den Werkleiter eine Nachfrage.

Abgeordnete Czerwinske bemerkt ebenfalls zur Vorlage der Wartungszyklen der BHKW-Anlage des „Schwapp“, dass es gut gewesen wäre, wenn das Zahlenmaterial einige Erläuterungen enthalten hätte. Eine zweite Anfrage der Abgeordneten Czerwinske bezieht sich auf den Abschluss der Verträge zwischen dem „Schwapp“ und der SFF GmbH. Sie möchte wissen, ob in den Verträgen eine Regelung zur Übernahme von Kosten bei Ausfällen enthalten ist. Der Werkleiter bemerkt dazu, dass diese Regelung in den Verträgen enthalten ist.

Abgeordnete Wagner

Für die SPD-Fraktion stellt sich die Frage, welche Faktoren dafür ausschlaggebend sind, dass die

Kosten einer Havarie der BHKW-Anlage, die durch einen Dritten betrieben wird, die Stadt tragen soll. Sie bemängelt auch, dass der 2.Quartalsbericht der GMF noch nicht vorliegt. Die SPD-Fraktion würde es wünschenswert finden, dass die Abgeordneten zeitnah und außer der Reihe Informationen zum aktuellen Sachstand erhalten würden.

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung zum Wirtschaftsplan 2005 des Kommunalen Eigenbetriebes „Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen“.

#### **Zustimmung Ja 17 Enthaltung 10**

#### **TOP 7.5 Haushaltssicherungskonzept der Stadt Fürstenwalde/ Spree für den Zeitraum 2004 - 2008 4/280**

Bevor der Bürgermeister mit seinen Ausführungen beginnt, bedankt er sich bei den Mitarbeiterinnen der Fachgruppe Finanzservice und der Fachbereichsleiterin für die Erarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes, des Investitionsprogramms und der 1. Nachtragshaushaltssatzung.

Der Nachtrag in diesem Haushaltsjahr war aus zwei Hauptgründen erforderlich. Zum einen erhöhte sich der Zuschussbedarf der Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen um 124.900,00 Euro, und zum anderen erhöhte sich die Gewerbesteuerumlage um 470.000,00 € auf 1,5 Mio. Euro.

Eine erhöhte Gewerbesteuerumlage kommt nicht von ungefähr, sondern von einer erhöhten Einnahme an Gewerbesteuern. Die Verwaltung hatte in diesem Jahr 9.900.000,00 € veranschlagt. Zum derzeitigen Zeitpunkt beträgt die Summe 12.650.000,00 €, also eine Mehreinnahme von 2.750.000,00 €. Auch der Gemeindeanteil am Einkommenssteueranteil hat sich um 440.000,00 € gegenüber der angekündigten Summe erhöht. Aus dem Schulbereich konnten aus den allgemeinen Schlüsselzuweisungen 210.000,00 € Mehreinnahmen realisiert werden. Zusätzlich zum ursprünglichen Haushaltsansatz konnten für Projekte für Ganztangsschulen 25.000,00 € aufgenommen werden.

Der Kassenkredit, in einem Rahmen von 8,0 Mio. Euro im Haushalt beschlossen, wurde bis jetzt in einer Größenordnung von 1,6 Mio. Euro in Anspruch genommen. Mehrausgaben werden im Haushalt mit insgesamt 503.400,000 € veranschlagt. Aus heutiger Sicht gibt es im Verwaltungshaushalt einen Fehlbedarf in Höhe von 994.500,00 €.

Der Vermögenshaushalt konnte von 10,6 Mio. Euro auf 11,5 Mio. Euro hochgefahren werden. Betrachtet man die Situation im Verwaltungshaushalt im Zusammenhang mit dem Haushaltssicherungskonzept, dann ist für 2004 im Haushaltsansatz ein Fehlbedarf von 4,45 Mio. Euro veranschlagt worden. Im Jahr 2008 sollte ein Haushaltsausgleich erreicht werden. Die Jahresrechnung 2004 wurde mit 1,95 Mio. Euro abgeschlossen. Auch hier war eine wesentliche Einsparung gegenüber dem veranschlagten Fehlbedarf zu verzeichnen. Ab 2005 wurde ein Fehlbedarf von 3,4 Mio. Euro prognostiziert. Insgesamt konnten die Ziele vom Haushaltssicherungskonzept, das im März beschlossen wurde, erreicht werden, die auch finanzielle Wirkungen im Haushalt zeigen.

#### **Beschluss:**

Das Haushaltssicherungskonzept wird wie vorgelegt verändert. Mit diesen Korrekturen wird es von der Stadtverordnetenversammlung entgegen genommen und zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

## **Kenntnisnahme Ja 27**

### **TOP 7.6 Einbringung des Investitionsprogramms für die Jahre 2004 - 2008**

**4/279**

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf des Investitionsprogramms für die Jahre 2004 – 2008 entgegen und verweist ihn zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse.

## **Kenntnisnahme Ja 27**

### **TOP 7.7 Einbringung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree für das Haushaltsjahr 2005**

**4/271**

#### **Beschluss:**

Der Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung wird entgegengenommen und zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

## **Kenntnisnahme Ja 27**

### **TOP 8 Anfragen der Abgeordneten**

Abgeordneter Zänker fragt nach, ob der Stadtverwaltung auch die Genehmigung für den Haushalt vorliegt. In den Ausführungen des Bürgermeisters war zu entnehmen, dass nur das Haushaltssicherungskonzept 2004 – 2008 durch den Landkreis Oder-Spree genehmigt wurde.

Herr Reim

Das Haushaltssicherungskonzept ist der Teil, der zu genehmigen ist und damit ist auch automatisch der Höchstbetrag des Kassenkredites von 8.000.000 Euro genehmigt. Der Haushalt ist nur anzeigepflichtig und nicht genehmigungspflichtig.

Abgeordnete Czerwinske hat eine Anfrage zur Personalstellenanbindung im Zusammenhang mit den offenen Personalstellen im Bereich der Kinder- und Jugendsozialarbeit. Hierzu wurde bereits eine Entscheidung im Kreisausschuss getroffen und wird auch noch einmal Thema im Kreistag sein. Die Städte Erkner und Eisenhüttenstadt haben zu dieser Problematik interveniert. Abgeordnete Czerwinske fragt nach, ob die Stadt Fürstenwalde im Interesse der Kinder- und Jugendsozialarbeit Schritte in die Wege geleitet hat.

Der Fachbereichsleiter Bildung und Soziales antwortet darauf.

Die Stadt Fürstenwalde hat im Rahmen der Gespräche mit dem Jugendamt des Landkreises dazu ihre unterschiedliche Auffassung deutlich gemacht, die auch in die Diskussion der beschlussfassenden Gremien des Kreistages eingegangen ist. So, wie der Beschluss zur Zeit besteht, ist es kein

Idealzustand. Nach Auffassung des Fachbereichsleiters für Bildung und Soziales benötigen die Träger der Jugendsozialarbeit dringend eine Rechtssicherheit.

In diesem Zusammenhang fragt Abgeordnete Czerwinske auch nach dem Wegfall der Stelle in der Station Alpha und ob zu dieser Problematik in der Beratung am 27.9.2005 auch Stellung genommen wird. Die Stadt Fürstenwalde hat hier die Möglichkeit gefunden, für die Stelle teilweise Mittel aus dem Haushalt der Stadt zu kompensieren.

Abgeordneter Sachse möchte wissen, ob für Einsätze von Politessen auf privaten Parkplätzen gegenüber den Eigentümern Gebühren erhoben werden.

Die Verwaltung gibt dazu eine schriftliche Beantwortung.

## **TOP 9 Informationen der Verwaltung**

Die Beigeordnete, Frau Fellner, informiert zum Programm des Stadtumbaus Ost. Der Stadtumbau basiert auf der Frage der Bevölkerungsentwicklung. In der Stadt Fürstenwalde ist eine relativ stabile Bevölkerungsentwicklung vorhanden.

Ein erhebliches Problem ist der Wohnungsleerstand. Zur Zeit stehen 2500 Wohnungen in Fürstenwalde leer. Bei der Anzahl der Haushalte ist im nächsten Jahr mit einem Anstieg zu rechnen.

Langfristig betrachtet, kommt die Stadt Fürstenwalde zu einem strukturellen Überhang von 1500 Wohneinheiten, die auf dem Wohnungsmarkt dauerhaft nicht mehr zu vermieten sind.

Darauf hin hat sich die „ARGE Wohnen“ in Fürstenwalde gegründet, die aus 3 große Wohnungsunternehmen, ein kleineres Unternehmen und der Stadt Fürstenwalde besteht. Die ARGE hat sich zum Ziel gesetzt, den Prozess gemeinsam zu bewältigen. Die „ARGE Wohnen“ hat den Antrag gestellt, in das Stadtumbauprogramm des Landes aufgenommen zu werden. Die Beigeordnete, Frau Fellner, kann heute sagen, dass die Stadt Fürstenwalde nun in das Förderprogramm Stadtumbau Ost mit aufgenommen wurde. Genehmigt wurden 800.000 Euro, die nur für die Hälfte reichen. Genehmigungen liegen für die Jahre 2008 und 2009 vor mit jeweils 400.000 €. 120 WE können in 2008 und 120 WE in 2009 abgerissen werden. Anfang Oktober wird sich die ARGE zusammensetzen und diskutieren, wie mit den genehmigten Mitteln umzugehen ist. Der Abriss der Wohnungen wird im Jahr 2008 beginnen.

Ein weiterer Antrag wurde zur Aufwertung im Stadtumbau gestellt. Für das Jahr 2007 wurde eine Aufwertungssumme von 150.000 € genehmigt, das nur ein geringer Teil ist von den beantragten Mitteln. Diese Mittel sind durch Bescheid für die Innenstadt einzusetzen. Die Aufwertungssumme soll für den südlichen Bereich der Mühlenstraße –Stadteingangsbereich- eingesetzt werden. Auch Fürstenwalde Nord muss ein zentraler Aufgabenbereich der Stadt für die Stadtentwicklungspolitik sein. Dazu soll das ZiS-Programm genutzt werden. In diesem Jahr wird in wenigen Tagen die erste Baumaßnahme in der Wohnumfeldverbesserung in der Hölderlinstraße beginnen. Die Wohnungsbaugenossenschaft wird mit 140.000 € Förderung zur Verbesserung des Wohnumfeldes in Fürstenwalde Nord dazu beitragen. Solche Maßnahmen sind sehr wichtig und müssen auch fortgesetzt werden, um dauerhaft lebenswürdige Lebensbedingungen zu schaffen. Im Jahr 2006 stehen weitere Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen in Fürstenwalde Nord gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und der Wohnungsbaugenossenschaft im Hölderlinviertel auf dem Programm. Als Stadt soll eine Aufwertung der Flächen vorgenommen werden, die der Stadt gehören, so z. B. das Harbig-Stadion. Die Sportfläche soll so z. B. mit einem Kunstrasen ausgestattet werden.



**TOP 10 Beendigung der öffentlichen Sitzung**

Die öffentliche Sitzung wird beendet. Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung umfasst 10 Seiten.

Jürgen Teichmann  
Vorsitzender

Schriftführer

---

---